

# Wochenbericht

(31.01. – 04.02.2011)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Institutionelle Fragen, Erweiterung .....</b>	<b>3</b>
Europäischer Rat plant Gesamtpaket zur ökonomischen Situation der EU .....	3
Verfassungsausschuss des EP begrüßt neues Lobbyistenregister.....	4
<b>Freiheit, Sicherheit und Recht .....</b>	<b>4</b>
Kombinierte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Drittstaatsangehörige im LIBE .....	4
LIBE berät über Saisonarbeiter-Richtlinie .....	4
LIBE berät Kommissions-Vorschlag zur konzerninternen Entsendung .....	4
Kommission verabschiedet Richtlinienentwurf für ein EU-weites PNR .....	4
Recht auf Belehrung im Strafverfahren .....	5
<b>Wirtschaft und Währung .....</b>	<b>5</b>
Europäischer Rat plant Gesamtpaket zur ökonomischen Situation der EU .....	5
<b>Binnenmarkt und Handel .....</b>	<b>5</b>
IMCO-Ausschuss für mehr Verbraucherrechte in Europa.....	5
<b>Energie und Klima .....</b>	<b>5</b>
Europäischer Rat stellt Weichen für die zukünftige Energiepolitik .....	5
Kommission legt Mitteilung zu erneuerbaren Energien vor .....	6
<b>Digitale Agenda und audiovisuelle Medien .....</b>	<b>7</b>
<b>Forschungspolitik .....</b>	<b>7</b>
Kommission legt Rohstoffstrategie vor .....	7
<b>Umwelt .....</b>	<b>7</b>
Kommission informiert zur Aussetzung der Transaktionen von Emissionszertifikaten... 7	
EP fordert strengere Regeln für Entsorgung von Elektro- und Elektronikschrott..... 7	
Kommission legt Rohstoffstrategie vor .....	8
<b>Gesundheit und Verbraucher.....</b>	<b>9</b>
IMCO-Ausschuss für mehr Verbraucherrechte in Europa.....	9
<b>Bildung, Jugend, Kultur.....</b>	<b>9</b>
Kommission will Schulabbrecherquote senken.....	9
<b>Aus der Landesvertretung .....</b>	<b>10</b>
Veranstaltungen .....	10



Niedersachsen

Niedersächsisches Grünkohlessen in der Landesvertretung.....	10
Vorträge / Besuche.....	11
<b>Terminvorschau.....</b>	<b>11</b>

---

## Institutionelle Fragen, Erweiterung

### Europäischer Rat plant Gesamtpaket zur ökonomischen Situation der EU

(SvZ) Der ursprünglich der Energiepolitik gewidmete Sonderrat am 4.2. in Brüssel wurde von aktuellen Entwicklungen bestimmt. Die Staats- und Regierungschefs haben sich in erster Linie mit der Wirtschaftslage der EU befasst. Sie verständigten sich darauf, bei ihrem nächsten Treffen am 24./25.3.2011 ein Gesamtpaket zur Bewältigung der Schuldenkrise anzunehmen. Darin sollen die geplanten Maßnahmen zur Stärkung der Stabilität des Euro-Währungsgebietes mit einem Beschluss über eine neue Qualität der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euro-Währungsgebiet verbunden werden.

Zur Wahrung der Stabilität des Euro-Währungsgebietes werden weiterhin das Gesetzgebungspaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung, die Belastungstests für Banken und die Instandsetzung des Finanzsektors sowie die Anwendung des Europäischen Semesters für erforderlich gehalten. In einer Erklärung fordern die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes die Finanzminister des Euro-Raumes auf, konkrete Vorschläge zur Stärkung der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) zu unterbreiten, um die nötige „Effektivität“ zu gewährleisten. Damit ist die Aufstockung der tatsächlichen Kreditvergabe-Kapazität auf 440 Mrd. EUR angesprochen, die seit längerem diskutiert wird. Der aktuelle EFSF wird von den Euro-Staaten mit Bürgschaften von bis zu 440 Mrd. EUR garantiert, kann aber wegen seines Sicherheitsnetzes maximal ca. 250 Mrd. EUR ausleihen.

Als weiterer Teil des Gesamtpaketes sollen Schritte zur Fortentwicklung der wirtschaftspolitischen Koordination ergriffen werden. Ziel sei eine stärkere Konvergenz, da das Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Euro-Staaten als eine der Ursachen der Schuldenkrise gilt. Die Euro-Staaten haben sich zu mehr Konvergenz entschlossen und laden auch die Nicht-Eurostaaten ein, an der verstärkten Zusammenarbeit zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit teilzunehmen. Man habe die Richtung bestimmt, das Verfahren geklärt und Arbeitsaufträge verteilt, aber keine konkreten Schritte besprochen, erklärte der Ratspräsident van Rompuy auf der Pressekonferenz im Anschluss an den Gipfel. Die wirtschaftliche Kooperation erfolgt auf der Basis intergouvernementaler Zusammenarbeit der Euro-Staaten gemäß dem Vertrag von Lissabon, es werde keine neue Kompetenz für die EU an die EU übertragen. Konkrete Inhalte des im Vorfeld von Merkel und Sarkozy vorgeschlagenen „Paktes für Wettbewerbsfähigkeit“ zu Rentenreform, Lohnstückkosten (Indexierung), Schuldenbremse oder Steuerfragen seien auf dem Gipfel nicht zur Sprache gekommen.

Van Rompuy erhielt das Mandat, bis zum nächsten Gipfel mit den einzelnen Staats- und Regierungschefs Konsultationen und Konsensbildung durchzuführen. Ein separates informelles Treffen der Eurogruppe, die schon den Inhalt des Paketes beschließen soll, wird Anfang März stattfinden.

Während des Mittagessens besprachen die Staats- und Regierungschefs die Lage in Ägypten und einigten sich auf eine Erklärung. Darin verurteilen sie die Ausübung von Gewalt und fordern u.a. den Schutz von freien und friedfertigen Demonstranten. Der Übergangsprozess müsse jetzt beginnen.

Schlussfolgerungen:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf)

Pressemitteilung der Bundeskanzlerin:

<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/02/2011-02-04-eurat-2.html>

---

### **Verfassungsausschuss des EP begrüßt neues Lobbyistenregister**

(SvZ) Der Verfassungsausschuss des EP sprach sich am 01.02. für das gemeinsame Register von Parlament und Kommission auf. Die Abgeordneten riefen den Rat auf, sich diesem Register anzuschließen. Eine obligatorische Registrierung solle erwogen werden. Das neue Register soll ab Juni 2011 online zugänglich sein.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110131IPR12828/html/Constitutional-Affairs-Committeewelcomes-new-transparency-register>

## **Freiheit, Sicherheit und Recht**

### **Kombinierte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Drittstaatsangehörige im LIBE**

(SD) Am 03.02. behandelte der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) in einem weiteren Schritt die sog. Rahmenrichtlinie "Arbeitnehmerrechte" (s. Wochenbericht 24. - 28.01.). In seiner Abstimmung beschränkte sich der Ausschuss auf die vom Plenum am 14.12. abgelehnten Passagen: Art. 7 Abs. 1 (Format des Aufenthaltstitels) und 16 Abs. 1 (Übermittlung von Korrelationstabellen). In beiden Fällen billigte der Ausschuss den ursprünglichen KOM-Vorschlag. Das weitere Verfahren hängt nun von der derzeit laufenden Klärung der Beteiligungsrechte des Beschäftigungs-Ausschusses (EMPL) ab.

### **LIBE berät über Saisonarbeiter-Richtlinie**

(SD) Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) hat am 01.02. den KOM-Vorschlag zu Einreise und Aufenthalt von Saisonarbeitern diskutiert (KOM(2010) 379). Es zeichnet sich hier - wie auch bei den Verhandlungen im Rat - noch erheblicher Erörterungsbedarf ab. Fragen gibt es zur Subsidiarität, zur Definition "Saisonarbeiter", zum Geltungsbereich, zur Aufenthaltsdauer und zur Frage Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis.

Mitberatend sind die Ausschüsse für Beschäftigung und für die Rechte der Frau.

### **LIEBE berät Kommissions-Vorschlag zur konzerninternen Entsendung**

Am 01.02. hat sich der LIBE-Ausschuss mit dem KOM-Vorschlag zu Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung (KOM(2010) 378 endg.) befasst. Der Berichterstatter Iacolino (EPP, IT) will nach Abklärung mit den mitberatenden Ausschüssen für Beschäftigung und für die Rechte der Frau ein Arbeitspapier vorlegen. Klärungsbedarf gäbe es z.B. noch zur Mobilität zwischen den Mitgliedstaaten und zur Definition des konzernintern entsandten Arbeitnehmers.

### **Kimmission verabschiedet Richtlinienentwurf für ein EU-weites PNR**

(SD) Am 02.02. hat die KOM einen Richtlinien-Vorschlag von Innenkommissarin Malmström zu einem europäischen Fluggastnamenregister angenommen (KOM(2011) 32). Vorgeschlagen werden damit Regeln zur Verwendung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records, PNR) zu Zwecken der Verhütung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und von schwerer Kriminalität. Bei PNR-Daten handelt es sich um Angaben von Fluggästen, die die Fluggesellschaften für ihre geschäftlichen Zwecke in ihren Buchungs- und Abfertigungssystemen erfassen und speichern. Enthalten sind z.B. Reisedaten, Reiseroute, Kontaktangaben, das Reisebüro, bei dem der Flug gebucht wurde, Zahlungsart, Sitznummer und Angaben zum Gepäck.

Die Fluggesellschaften sollen diese Passagierdaten an eine "PNR-Zentralstelle" sowohl

---

im Abflug- als auch im Ankunftsstaat übermitteln. Diese PNR-Zentralstellen sollen die Daten auswerten und speichern. Die Erfassung von sensiblen Daten über rassische oder ethnische Herkunft, die Religion oder politische Einstellung ist nach dem Vorschlag nicht vorgesehen. Nach einem Monat nach dem jeweiligen Flug sind die Daten zu anonymisieren und nach einer fünfjährigen Speicherdauer zu löschen. Grundlage für den Datenschutz soll der Rahmenbeschluss 2008/977/JI vom 27.11.08 (sog. Rahmenbeschluss Datenschutz 3. Säule) sein.

Richtlinienvorschlag:

<http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/com%2032%20de%20final.pdf>

Pressemitteilung:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/120&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **Recht auf Belehrung im Strafverfahren**

(SD) Am 27.01. hat der Rechtsausschuss des EP (JURI) über den Berichtsentwurf des MEP Albrecht (Grüne, DE) zum Richtlinienentwurf (KOM (2010) 392) zum Recht auf Belehrung im Strafverfahren abgestimmt. Ziel der Regelung ist, dass jede festgenommene Person in einer ihr verständlichen Sprache Informationen über ihre Rechte im Strafverfahren erhält.

Der Berichterstatter kritisierte in seinem Stellungnahmeentwurf, dass die Belehrung des Beschuldigten nicht alle wesentlichen Verfahrensrechte umfasse. Der Rechtsausschuss einigte sich schließlich darauf, den Katalog auszuweiten. Das Aussageverweigerungsrecht, das Recht zur Kommunikation mit Angehörigen und Konsularbehörden, auf medizinische Versorgung, auf unverzügliche Vorführung vor den Richter sowie die Aufklärung über die maximale Dauer der Untersuchungshaft und die Möglichkeiten der Haftprüfung wurden u.a. in den Katalog der Rechte bzw. Informationen aufgenommen. Weiter konkretisierte der Ausschuss auch das Recht auf Hinzuziehung eines Rechtsbeistandes.

Die für den 03.02. vorgesehene Abstimmung im federführenden Ausschuss bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres wurde auf die nächste Sitzung vertagt. Das Plenum des EU-Parlaments soll am 10.05. über das Thema beraten.

Berichtsentwurf:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/juri/pa/838/838825/838825de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/juri/pa/838/838825/838825de.pdf)

## **Wirtschaft und Währung**

[Europäischer Rat plant Gesamtpaket zur ökonomischen Situation der EU](#)

## **Binnenmarkt und Handel**

[IMCO-Ausschuss für mehr Verbraucherrechte in Europa](#)

## **Energie und Klima**

### **Europäischer Rat stellt weichen für die zukünftige Energiepolitik**

(LN) Der ER hat auf dem Sondergipfel am 04.02. die zukünftige europäische Energie- und Innovationspolitik beraten. Mit ihren Schlussfolgerungen wollen die Staats- und Regierungschefs eine sichere, nachhaltige und erschwingliche Energieversorgung

---

gewährleisten und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärken.

#### Energiebinnenmarkt

Bis 2014 soll der Energiebinnenmarkt verwirklicht werden. Dafür sollen die notwendigen technischen und gesetzgeberischen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Mitgliedstaaten (MS) werden aufgefordert, die gesetzgeberischen Voraussetzungen für einen grenzüberschreitenden Handel zu schaffen. Erhebliche finanzielle und administrative Anstrengungen werden für den Ausbau der erforderlichen Infrastruktur für erforderlich gehalten. Ein Großteil des erheblichen Finanzierungsaufwands für Infrastrukturinvestitionen soll vom Markt bereitgestellt werden, wobei die Kosten durch die Tarife zurück gewonnen werden sollen. Damit die notwendigen Investitionen vom Privatsektor getätigt werden, sollen die MS bei der Marktregulierung entsprechende Anreize schaffen. Genehmigungsverfahren sollen unter Beachtung der nationalen Zuständigkeiten gestrafft und verbessert werden. Mit Blick auf die zeitliche Straffung der Genehmigungsverfahren wird darauf zu achten sein, dass die notwendige Öffentlichkeitsbeteiligung nicht eingeschränkt wird.

#### Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Der ER spricht sich für ein entschlossenes Vorgehen bei der Steigerung der Energieeffizienz aus, damit das für 2020 vereinbarte Ziel von 20 % erreicht wird. Es wird ein erhebliches Potenzial höherer Energieeinsparungen bei Gebäuden, im Verkehrsbe-  
reich sowie bei Produkten und Verfahren gesehen. Ab dem 01.01.2012 sollten alle MS in öffentliche Ausschreibungen für neue öffentliche Gebäude und Dienstleistungen Energieeffizienzstandards aufnehmen, die dem EU-Kernziel Rechnung tragen. Die Fortschritte im Bereich der Energieeffizienz sollen 2013 überprüft und ggf. weitere Maßnahmen erwogen werden. Das Ziel einer 20 %igen Energieeffizienzsteigerung ist als indikatives Ziel zu verstehen. Ein verbindliches Ziel wird derzeit von den meisten MS abgelehnt.

Der ER fordert die KOM auf, insbesondere hinsichtlich kohärenter nationaler Förderregelungen und Kooperationsmechanismen intensiver mit den MS an der Umsetzung der Richtlinie über erneuerbare Energiequellen zu arbeiten. Hintergrund ist zum einen der in einigen MS unzureichende Ausbau der erneuerbaren Energien. Mehr Kohärenz bei den Fördermaßnahmen soll die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft fördern.

Die Staats- und Regierungschefs verpflichten sich, Investitionen in erneuerbare Energiequellen und nachhaltige Technologien zu fördern und einen Schwerpunkt auf die Umsetzung der im Europäischen Strategieplan für Energietechnologie festgelegten Prioritäten zu legen. Der Europäische Strategieplan für Energietechnologie schließt die niedersächsischen Prioritäten, Ausbau der Netzanbindungen und Windenergienutzung, ein. Die Forderung des ER an die KOM, neue Initiativen über intelligente Netze unter Berücksichtigung der Entwicklung umweltfreundlicher Fahrzeuge, Energiespeicherung, nachhaltige Biokraftstoffe und Energiesparlösungen für Städte vorzulegen, steht mit der niedersächsischen Energiestrategie im Einklang.

Schlussfolgerungen:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf)

#### **Kommission legt Mitteilung zu erneuerbaren Energien vor**

(LN) Die KOM hat am 31.01 eine Mitteilung über Fortschritte im Bereich der erneuerbaren Energien vorgestellt. Die Ziele für erneuerbare Energien bis 2020 werden demnach voraussichtlich erreicht und könnten unter bestimmten Voraussetzungen sogar übertroffen werden. Dafür seien allerdings die vollständige Umsetzung der nationalen Aktionspläne sowie eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten erforderlich. Weiterhin fordert die KOM eine kohärentere und transparentere Gestaltung der derzeit sehr unterschiedlichen Förderregelungen in den einzelnen

---

Mitgliedsstaaten, um Klarheit und Sicherheit für Investoren zu schaffen. Zusätzlich müsse die Marktintegration der erneuerbaren Energien verstärkt werden, um sicherzustellen, dass die erneuerbaren Energien und die dazugehörigen Technologien so bald wie möglich wirtschaftlich wettbewerbsfähig werden. Über eine bessere Kooperation der Mitgliedstaaten und eine bessere Marktintegration der erneuerbaren Energien könnten bis zu 10 Mrd. EUR jährlich eingespart werden.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/113&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/energy/renewables/reports/reports\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/renewables/reports/reports_en.htm)

## Digitale Agenda und audiovisuelle Medien

### **Territoriale Exklusivrechte für Übertragungen von Fußball in Frage gestellt**

(SvZ) Nach Auffassung von Generalanwältin Juliane Kokott verstoßen territoriale Exklusivitätsvereinbarungen bei der Übertragung von Fußballspielen gegen die Dienstleistungsfreiheit. Das Unionsrecht ermögliche es nicht, die Live-Übertragung der britischen Premier-League-Fußballspiele in Gaststätten unter Verwendung ausländischer Decoderkarten zu untersagen. Die Ausgangsfälle betreffen den Versuch, die Exklusivität der Vermarktung von Decoderkarten für Satellitenempfang in England zu umgehen. Unternehmen importierten Decoderkarten aus dem Ausland, hier aus Griechenland und arabischen Staaten, in das Vereinigte Königreich und bieten sie dort Gaststätten zu günstigeren Preisen an als das Sendeunternehmen in diesem Land. In den Vorabentscheidungsverfahren legte Kokott dar, dass die in Frage stehenden Exklusivrechte eine Aufteilung des Binnenmarktes in voneinander getrennte nationale Märkte bewirken, was eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Dienstleistungsfreiheit darstelle.

Schlussanträge:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-403/08>

Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-02/cp110003de.pdf>

## Forschungspolitik

[Kommission legt Rohstoffstrategie vor](#)

## Umwelt

### **Kommission informiert zur Aussetzung der Transaktionen von Emissionszertifikaten**

(LN) Die KOM hat am 03.02. angekündigt, dass in Deutschland angemessene Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden sind. Der Betrieb der Registrierungsstellen werde am 4.02. um 20 Uhr MEZ wieder aufgenommen werden.

EU-Nachrichten:

[http://europa.eu/news/index\\_de.htm](http://europa.eu/news/index_de.htm)

### **EP fordert strengere Regeln für Entsorgung von Elektro- und Elektronikschrott**

(LN) Das EP sprach sich am 03.02. mit deutlicher Mehrheit für neue Ziele hinsichtlich



---

der Sammlung, Wiederverwertung und Wiederbenutzung von Elektroschrott aus und empfahl strengere Maßnahmen für die Ausfuhr von Elektroschrott in Entwicklungsländer. Mit der Abstimmung nahm das Parlament Änderungen an der vorgeschlagenen Neufassung der Richtlinie von 2003 an.

Konkret sehen die Ziele vor, dass in den Mitgliedsstaaten bis 2016 mindestens 85 % des dort produzierten Elektroschrotts und ab 2012 mindestens 4 kg Elektro- und Elektronik-Altgeräte pro Kopf gesammelt werden. Zudem empfehlen die Abgeordneten das Ziel einer Wiederverwertung von 50 % - 75 % der Altgeräte, je nach Gerätekategorie. Die legale Entsorgung von Elektrogeräten der Verbraucher soll gefördert werden, indem Verbraucher bspw. sehr kleine Altgeräte direkt an den Vertreiber oder Versandhandel zurückgeben können, wobei diese Rücknahmepflicht für sehr kleine Vertreiber nicht gelten soll. Bei der Ausfuhr von Elektroschrott soll der Exporteur die Beweislast dafür tragen, dass die exportierten Waren wieder verwendbar sind.

Weiterhin wurden zur Einschränkung des Verwaltungsaufwandes eine Vereinheitlichung von Registrierung und Berichterstattung sowie die Verringerung der Anzahl der Gerätekategorien vorgeschlagen. Generell soll die Richtlinie für alle Arten von Altgeräten gelten, jedoch sollen einige gesondert aufgelistete Gerätetypen von der Richtlinie ausgenommen werden. Dies sind u. a. ortsfeste Großanlagen, stationäre industrielle Großwerkzeuge, militärische Ausrüstungen und Verkehrsmittel sowie gegebenenfalls Photovoltaik-Module.

Presseinformation des EU-Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110203IPR13097/html/Bessere-Entsorgung-von-Elektro-und-Elektronikschrott>

### **Kommission legt Rohstoffstrategie vor**

(LN) Die am 02.02. von der KOM veröffentlichte Strategie gibt einen Überblick über die Entwicklungen an den Märkten, eine Einschätzung zu den Auswirkungen sich verknappender Rohstoffe auf die europäische Wirtschaft und die von der KOM vorgeschlagenen bzw. ergriffenen Maßnahmen, mit denen den negativen Auswirkungen vorgebeugt bzw. entgegengewirkt werden soll. Die Mitteilung benennt 14 Rohstoffe, die hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit als kritisch einzustufen sind.

Zur Stärkung der nachhaltigen Rohstoffversorgung innerhalb der EU schlägt die KOM ein Monitoring der Mitgliedstaaten durch die KOM in den Bereichen Rohstoffpolitik, Landnutzungsplanung für die Rohstoffgewinnung und Genehmigungspraxis vor. Der geologische Landesdienst wird hier gefordert, zu den genannten Plänen frühzeitig eine Position zu entwickeln. Auch wenn die KOM die Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes betont, sind intensive Diskussionen absehbar.

Die Leitlinien zur Präzisierung der Regelungen für die Bergbauindustrie in Naturschutzgebieten, der Vorschlag der KOM für eine Verordnung mit Kriterien zur Abgrenzung von Schrott und Abfall und der Richtlinienentwurf der KOM über Elektro- und Elektronik-Altgeräte werden als integrale Bestandteile der Rohstoffinitiative benannt. Die Leitlinien zum Bergbau in Naturschutzgebieten sollen die ggf. auftretenden Zielkonflikte zwischen Rohstoffgewinnung und Bergbau entschärfen helfen, um den Bergbau in Naturschutzgebieten nicht auszuschließen. Die Legislativvorschläge zur Wiederverwertung von Schrott unterstreichen die Bedeutung, die dem Recycling beigemessen wird. Die KOM kündigt u.a. für 2012 eine Strategie zu Abfallvermeidung und -wiederverwertung, eine Überprüfung des EU-Abfallrechts und eine Machbarkeitsstudie zur Entwicklung von Ökodesignvorschriften zur Verbesserung der Rohstoffeffizienz durch Mindestvorgaben für die Verwendung recycelter Materialien an. Mit Blick auf eine Erhöhung der Wiederverwertungsrate wird darauf zu achten sein, dass die Deponierung schadstoffbelastete Abfälle, wie sie in Niedersachsen praktiziert



---

wird, zukünftig nicht grundsätzlich ausgeschlossen wird.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/122&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Mitteilung der Kommission zu Rohstoffen:

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/communication\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/communication_en.pdf)

## Gesundheit und Verbraucher

### IMCO-Ausschuss für mehr Verbraucherrechte in Europa

(UK) Der IMCO-Ausschuss des Europäischen Parlaments hat am 01.02. eine Reihe von Änderungen zum KOM-Vorschlag für eine Verbraucherrechte-Richtlinie vorgeschlagen und damit eine Linie für die weiteren Verhandlungen mit dem Rat vorgezeichnet. Mit 22 zu 16 Stimmen bei einer Enthaltung sprach sich der Ausschuss für einen Mix aus Mindest- und Vollharmonisierung aus: Voll harmonisiert werden sollen Felder wie Informationsvorschriften, Lieferfristen und ein Rücktrittsrecht für Ferneinkäufe und Geschäfte, die woanders als in den Geschäftsräumen des Händlers abgeschlossen werden, also etwa Onlinebestellungen und solche per Post. Ziel ist hier mehr Transparenz für den Handel wie für Verbraucherinnen und Verbraucher. In anderen Feldern sollen die Mitgliedstaaten auch künftig höhere Schutzstandards festlegen können, etwa im Zusammenhang mit Abhilfemaßnahmen, wenn Waren nicht den Beschreibungen im Vertrag entsprechen. Die KOM hatte eine Vollharmonisierung in allen Bereichen vorgeschlagen.

Nach dem IMCO-Votum soll die neue Richtlinie, die vier bestehende Regelungen ersetzen soll, nahezu alle Kaufgeschäfte abdecken, egal ob sie in einem Laden, telefonisch, postalisch, online oder an der Haustür abgeschlossen werden. Insbesondere sollen die Verbraucherrechte bei Onlinekäufen verbessert werden und damit Verbrauchervertrauen und grenzüberschreitenden Handel stärken. Ausnahmen wollen die Abgeordneten lediglich wenige Bereiche wie Finanzdienstleistungen, soziale und Gesundheitsdienste sowie Onlineglücksspiel. Der Rat hatte am 24.01. angekündigt, den KOM-Vorschlag auf Onlinegeschäfte beschränken zu wollen. Berichterstatter Andreas Schwab (EVP / DEU) und die Abgeordneten, die für die anderen Fraktionen die Verhandlungen führen, wollen diese bis zur geplanten Plenarabstimmung im März fortsetzen.

EP-Pressinformation:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20110131IPR12811+0+DOC+XML+V0//EN&language=DE>

## Bildung, Jugend, Kultur

### Kommission will Schulabbrecherrate senken

(MZ) Ein besserer Zugang zu frühkindlicher Erziehung, Hilfe für Schulschwänzer und leistungsschwache Schüler sowie Schulen des zweiten Bildungswegs sollen die Schulabbrecherrate in der EU bis 2020 auf unter 10 Prozent senken. Zurzeit brechen ungefähr sechs Millionen junge Menschen frühzeitig ihren Schulbesuch ab - das sind ungefähr 14 % aller Schülerinnen und Schüler. Diese Jugendlichen enden oft ohne Arbeit, verarmen oder sind in anderer Form benachteiligt. Als Schulabbrecher werden im Allgemeinen 18- bis 24jährige bezeichnet, die die Schule vor Erreichen eines Sekundarschulabschlusses verlassen haben.

Abgesehen von den Problemen für den Einzelnen beeinträchtigt der Schulabbruch

---

auch Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit: Moderne Industrien benötigen Facharbeiter, und Schulabbrecher beanspruchen häufiger als andere soziale Unterstützung, was die Staatshaushalte belastet.

Der Plan der EU für die Bekämpfung des Schulabbruchs soll die durchschnittliche Abbrecherquote bis 2020 auf unter 10 % senken. In dem Plan werden die Mitgliedsländer aufgefordert, Strategien für den gesamten Bildungsweg zu entwickeln, um z. B. die Auslösemechanismen des Schulabbruchs zu beheben, aufkommende Probleme an der Wurzel zu packen und jungen Menschen, die ihre frühere Entscheidung bereuen, eine zweite Chance zu geben. Der Plan konzentriert sich auf drei Bereiche:

- Prävention  
Der gleichberechtigte Zugang zu hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kleinkinder muss verbessert werden. Alle Kinder sollen sich am Unterricht beteiligen können, wozu z. B. die sprachliche Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund beiträgt.
- Interventionsmaßnahmen  
Auf Alarmzeichen wie Schulschwänzen oder schwache Leistungen sollte durch Tutoren oder Mentoren und in Zusammenarbeit mit den Eltern verstärkt reagiert werden.
- Kompensationsmaßnahmen  
Schulabbrechern sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihre versäumten Qualifikationen zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen. In den Schulen der "zweiten Chance" sollten im Vergleich zur Regelschule kleinere Klassen und auf den Einzelnen zugeschnittene und flexible Lernmethoden vorherrschen.

Die Senkung der Anzahl junger Menschen, die ihre Bildung frühzeitig abbrechen, ist eines der fünf Schlüsselziele der Strategie Europa 2020 für Wachstum und Beschäftigung.

Die Kommission hat außerdem eine hochrangige Gruppe zur Lesekompetenz eingerichtet. Die elf Fachleute dieser Gruppe werden die Ursachen für unzureichende Les- und Rechtschreibkenntnisse untersuchen und 2012 Vorschläge für politische Maßnahmen gegen dieses Problem vorlegen.

[http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/literacy\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/literacy_en.pdf)  
[http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/literacy\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/literacy_en.pdf)

## Aus der Landesvertretung

### Veranstaltungen

#### Niedersächsisches Grünkohllessen in der Landesvertretung

(LK) Zum mittlerweile vierzehnten Mal hat das traditionelle Niedersächsische Grünkohllessen in der „Hauptstadt Europas“ in Brüssel mit einem neuen Besucherrekord stattgefunden. Ministerpräsident David McAllister begrüßte in der Landesvertretung neben EU-Kommissar Günther Oettinger und Überraschungsgast Peter Maffay knapp 450 hochrangige Gäste aus europäischer Politik, Wirtschaft und Medien. Kooperationspartner war in diesem Jahr die Region Hannover, die sich dem Brüsseler Publikum anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens präsentierte. Die deftige, original niedersächsische Küche und die Bruchmeister aus Hannover fanden genauso wie die kabarettistische Einlage von Dietmar Wischmeyer großen Zuspruch – ein gelungener Abend, der nicht zuletzt durch die Unterstützung zahlreicher Sponsoren möglich wurde.

---

## Vorträge / Besuche

03.02.: Gespräch mit Delegation Region Hannover

04.02.: Vortrag - Gruppe Wahlkreis MdEP Meissner

## Terminvorschau

### Rat der Europäischen Union

### Europäische Kommission

09.02.	<a href="#">Tagesordnung</a>
--------	------------------------------

### Europäisches Parlament

	<a href="#">Plenum</a>
--	------------------------

	<a href="#">Ausschusssitzungen</a>
--	------------------------------------

07.02.	<a href="#">AGRI - Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung</a>
--------	---

10.02.	<a href="#">AFET - Auswärtige Angelegenheiten</a>
--------	---

07.02.	<a href="#">BUDG - Haushaltsausschuss</a>
--------	---

10.02.	<a href="#">CONT - Haushaltskontrollausschuss</a>
--------	---

07.02.	<a href="#">DEVE – Ausschuss für Entwicklung</a>
--------	--

07./10.02.	<a href="#">ECON - Ausschuss für Wirtschaft und Währung</a>
------------	---

10.02.	<a href="#">ITRE - Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie</a>
--------	---

07.02.	<a href="#">INTA – Ausschuss für internationalen Handel</a>
--------	---

10.02.	<a href="#">IMCO - Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz</a>
--------	--

### EuGH – Verkündungstermine

### Ausschuss der Regionen

	Fachkommission
--	----------------

---

Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union  
Rue Montoyer 61 – 1000 Bruxelles – Tel.: +32 2/230 00 17 – Fax: +32 2/230 13 20  
E-Mail: [Hpoststelle@lv.niedersachsen.eu](mailto:Hpoststelle@lv.niedersachsen.eu)

**Kontakt:**

MF	<a href="#">HMichael Freericks</a>	AW	<a href="#">HAlbrecht Wendenburg</a>
SvZ	<a href="#">HSabine von Zanthier</a> (Redaktion)	SM	<a href="#">HSebastian Maas</a>
WP	<a href="#">HDr. Wolfgang Pelull</a>	LK	<a href="#">HLars Koenig</a>
SD	<a href="#">HSusanne Dlugaiczyk</a>	CB	<a href="#">HCatherine Béhaque</a>
LN	<a href="#">HLothar Nolte</a>	RS	<a href="#">HRafael Schubert</a>
WB	<a href="#">HWulf Blumenstein</a>	MS	<a href="#">HMarkus Suchanek</a>
SN	<a href="#">HStephan Nordloh</a>	DP	<a href="#">HDaniela Procacci</a>
UK	<a href="#">HUta Kreutzenbeck</a>	HE	<a href="#">HHedwig Ellerkamp</a>
JM	<a href="#">HJens Mennecke</a>	MD	<a href="#">HMechtilde Dreuw</a>
CP	<a href="#">HDr. Christine Pichinot</a>		
MZ	<a href="#">HMeike Ziegenmeier</a>		